Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 13 / Mai 2010

Das Bremer Hafenmuseum

Seite 3

Papierlos heißt nicht rechtlos

Seite 14

Der 1. Mai in Bremen: Wir gehen vor!

Seite 18

Bericht Seite 6

Hafenarbeit und Hafenarbeiter

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

es ist wieder Frühling. Wir grüßen Euch zum 1. Mai mit der Ausgabe Nummer 13 unserer Zeitung. Diesmal mit vollen 24 Seiten. Unser Hauptthema ist der Hafen und die Arbeit im Hafen. Für diese Ausgabe haben wir uns im Hafenmuseum sachkundig gemacht. Einen Besuch können „WIR" unseren Lesern sehr ans Herz legen.

Über die Geschichte der Bremer Häfen und der Arbeit in den Häfen empfehlen wir den Beitrag von Heinz-Gerd Hofschen. Über den aktuellen Stand des Kampfes um die Hafenarbeitsplätze der Hafenwirtschaft berichtet der Kollege Rainer Kuhn von ver.di.

„Papierlos heißt nicht rechtlos" hieß die Gewerkschaftsveranstaltung im März im DGB-Haus Bremen. Dazu ein Interview über die Lage der „Papierlosen" mit der Kollegin Emilija Mitrovic.

Außerdem: Frauenseiten Bremen, 1. Mai und Leserbriefe.

In eigener Sache

Alle Ausgaben unserer Zeitung „Wir" sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar (siehe Rückseite).
Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe. WIR wünschen euch einen kämpferischen 1. Mai.

Inhalt

Nix „La Paloma, ohe"! Das Bremer Hafenmuseum 3
Hafenarbeit und Hafenarbeiter 6
Maritime Verbundwirtschaft 12
Bremer Hilfen 13
Papierlos heißt nicht rechtlos! 14
ADA Projekt 16
Frauenseiten, Bremerinnen netz-aktiv 17
1. Mai - Wir gehen vor! 18
1. Mai - Programm 19
Gedicht zum 1. Mai, Tucholsky 20
Termine 21
Leserbriefe 22
Impressum 23

Titelseite, Arbeit im Hafen (Foto: Hafenmuseum)

Nix „La Paloma, ohe“! Das Bremer Hafenmuseum

„Wir wissen, der Eine fasst hier an, der Andere hebt und der Dritte dreht schon. Das ist der Kniff“

Dass Arbeiter schon immer viel Phantasie auch darauf verwendeten, die gesundheitsschädigenden Auswirkungen von schwerer körperlicher Arbeit zu umgehen, wird an keinem anderen Ort Bremens so authentisch und sinnlich nachvollziehbar präsentiert, wie im Hafenmuseum. Auf der 2000 m² großen Ausstellungsfläche des Hafenmuseums aber erfährt der Besucher nicht nur etwas über die Beschwerlichkeit früherer Hafenberufe.

Mitten im Speicher XI (s. Kasten) gelegen, der mit 400 Metern fast solang ist wie die Obernstraße, taucht man als Museumsbesucher ein in die bremische Hafengeschichte mit all ihren wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Facetten. Im Rundgang durch das Museum erfährt Mann und Frau zum Beispiel Wissenswertes über die Entstehung der Häfen, überschaut die technischen Entwicklungen in den Bereichen Transport, Lager und Logistik, wandelt - einem Riesen gleich - über das gesamte Hafenareal, tastet sich riechend und fühlend durch den Warenumschlag und erfährt nicht zuletzt unüberhörbar, dass die Welt der Seefahrt alles andere war und ist, als „La Paloma, ohe“.

Das Hafenmuseum mit seinen vielfältigen Hafengeschichten zum „Anfassen“ ist aber mehr als nur ein Ort des Erinnerns. Anschaulich und informativ präsentiert es auch die Gegenwart der sich wandelnden Überseestadt und der sich stetig verändernden Hafenwirtschaft. In den alten Speichermauern präsentiert sich das Neue: Das angegliederte „Infocenter Überseestadt“ nimmt den Besucher mit in die Zukunft und erläutert, mit Blick auf Beispiele anderer europäischer Hafenstädte, die stadtplanerischen Entwicklungen des neuen Stadtteils in Bremen.

Trotz aller gebotenen Aussichten, die Einsichten die WIR als Redaktionsgruppe im Hafenmuseum gewinnen konnten, liegen in der Geschichte des Hafens, seiner lebendigen Arbeit und der Sprache, die daraus geschöpft wurde und die in der Ausstellung allgegenwärtig ist. Es mag sich etwas wehmütig anhören, aber Worte wie „Anbiet, Stauhaken und Zuckerklatsche“ klingen in unseren Ohren etwas poesievoller als z.B. „Containerterminal“.

In den alten Speichermauern präsentiert sich das Neue: Das angegliederte „Infocenter Überseestadt“ nimmt den Besucher mit in die Zukunft und erläutert, mit Blick auf Beispiele anderer europäischer Hafenstädte, die stadtplanerischen Entwicklungen des neuen Stadtteils in Bremen.

Harry Belafonte, der einst in seinem „Banana Boat Song“ den „Mister Tallyman“ genannten Umschlagskontrolleur im Hafen besang, welcher jede Nacht arbeitete und sich verzweifelt mit Rum betrank, würde sich heute schwerer tun, die neue Hafenwelt zu besingen. Und was den trinkenden „Mister Tallyman“ betrifft, er hätte heute, zumindest am Arbeitsplatz, striktes Alkoholverbot.

Öffnungszeiten:
Dienstag bis Sonntag
11.00 bis 18.00 Uhr

Hafenmuseum Speicher XI
Am Speicher XI 1
28217 Bremen

Tel.: 0421 - 30 38 279
Fax: 0421 - 30 38 284

info@hafenmuseum-speicherelf.de
www.hafenmuseum-speicherelf.de

WIR Redaktion besucht Hafenmuseum (Foto: WIR)

Speicher XI (Foto: Hafenmuseum)

Der Speicher XI ist heute der wesentliche Rest der für den Überseehafen errichteten Gebäude. Die nach Entwürfen des Architekten Nause von der bremischen Bauinspektion gebauten Speicher XI und XII wurden jeweils landseitig hinter den zugehörigen Kajeschuppen gebaut und 1911/1912 in Betrieb genommen. Beide Gebäude haben den Zweiten Weltkrieg mit verhältnismäßig geringen Beschädigungen überstanden und konnten nach Kriegsende wieder Instand gesetzt werden. Dabei schloss man die Lücke zwischen den beiden Speichern durch ein verbindendes Betriebsgebäude.

2001 wurde der bereits denkmalgeschützte Speicher XI von der Firma Dr. Hübotter Wohnungsbau gekauft und saniert. Zum Wintersemester 2003/2004 konnten mit der Hochschule für Künste die ersten neuen Nutzer einziehen. Anfang 2004 folgten die Mieter der vorderen Segmente und am 28. Februar 2004 konnte das Hafenmuseum im Speicher XI die Eröffnung feiern.

Hafenarbeit und Hafenarbeiter

von Heinz-Gerd Hofschen

Ein Hafen besteht natürlich nicht nur aus Becken, Kajen, Schuppen, Speichern und Kranen. Erst die lebendige Arbeit, die Tätigkeit der dort beschäftigten Menschen, bringt ihn in Funktion. Ihre Tätigkeiten und deren Wandel in den letzten hundert Jahren, die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse der Hafenarbeiter sollen daher in einigen Aspekten geschildert werden. Was ist eigentlich Hafenarbeit?

Stauer, Karrenschieber und Küper – Die Tätigkeiten im Hafen

In den bremischen Häfen wurden Seeschiffe mit bordeigenem Ladegeschirr und Kranen an den Kajen – soweit der Umschlag nicht direkt auf Binnenschiffe erfolgte – entladen (»gelöscht«) und beladen (»gestaut«). Die gelöschten Waren wurden an der Kaje entweder sofort auf die Eisenbahn oder Straßenfahrzeuge geladen oder aber in Schuppen zum sortieren, prüfen und kurzfristigen Lagern gebracht. Von den Schuppen gingen sie dann entweder auf Landfahrzeuge ins Binnenland oder in die hinter den Schuppen liegenden Speicher zum längerfristigen Lagern. Für alle diese Tätigkeiten gab es spezielle Gruppen von Hafenarbeitern.

Die Arbeit an Bord – also das Entladen und das Verstauen der Ladung – wurde in den Bremer Freihäfen nicht mehr von der Schiffsbesatzung, sondern von Stauereifirmen geleistet. Die Stauer – in jeder Luke je nach Ladung bis zu drei »Gänge« mit je vier bis acht Mann unter dem Kommando eines Vormanns (»Vize«) – schafften die Güter beim Löschen aus dem Laderaum zur Luke, bereiteten sie für den Krantransport mit Ketten, Netzen, Körben etc. vor und schlugen die Ladung (»Hieve«) an den Haken des Krans an. Ein Decksmann wies den Kranführer ein, der bei der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) angestellt war, die die landseitigen Einrichtungen im Überseehafen betrieb. Auf der Kaje übernahmen die Karrenschieber die Ware und schafften sie in die Schuppen, wo sie von Stapelleuten gelagert wurden. Diese Arbeit

Arbeit im Hafen (Foto: Hafenmuseum)

Arbeit im Hafen (Foto: Hafenmuseum)

an Land wurde von einem Schuppenvorsteher der BLG geleitet. Die Stauer mussten, besonders für die umgekehrte Tätigkeit, das Beladen des Schiffes, über erhebliche Erfahrungen verfügen. Daher fanden sich viele ehemalige Seeleute in dieser Berufsgruppe. Die Transporttätigkeit auf der Kaje und im Schuppen und Speicher und der Umschlag auf Bahn und Straßenfahrzeuge war demgegenüber eine weitgehend unqualifizierte, allerdings ebenfalls körperlich sehr schwere Arbeit. Auf der Kaje und im Schuppen arbeitete auch der Tallymann, dessen Aufgabe die Ladungskontrolle war. Die Güter mussten gezählt bzw. gemessen werden, um die Übereinstimmung mit den Ladungspapieren zu überprüfen. In den Schuppen übernahmen die Küper als Vertreter der Empfänger die Ladung und kontrollierten die Qualität. Sie zogen Proben und prüften die Ware.

Den meisten Tätigkeiten im direkten Güterumschlag war allerdings gemeinsam, dass sie körperlich schwere, gesundheitsgefährdende und gefährliche Arbeit war. Zwar war der Freihafen II bei seiner Einweihung einer der modernsten Häfen Europas, ausgestattet mit elektrisch betriebenen Kranen, elektrisch beleuchtet und mit dem seit 1888 in Bremen üblichen direkten Eisenbahnanschluss auf den Kajen und hinter den Schuppen und Speichern versehen, doch bestand ein erheblicher Teil der Umschlags- und Transportarbeiten lange Zeit aus schwerer Handarbeit. Für die Stauer gab es außer dem Stauerhaken, mit dem Säcke und Ballen gepackt wurden, kaum Hilfsmittel.

Eine grundlegende Veränderung der Flurförderung und des Stapelns brachte erst die Einführung der Gabelstapler in den 1950er Jahren. Sie bedeutete nicht nur eine gewaltige Rationalisierung, sondern auch eine deutliche Reduzierung der schweren Handarbeit beim Transport auf den Kajen und in den Schuppen sowie bei der Verladung auf Landfahrzeuge. Seit 1927 wurden Krane mit verstellbaren Auslegern eingeführt, die es ermöglichten, mit mehr Kranen als vorher an einem Schiff gleichzeitig zu arbeiten. Die BLG sah nicht nur die technischen Vorteile: »Ein schnell arbeitender Kran treibt Stauer und Schuppenpersonal an, ein Moment, was nicht

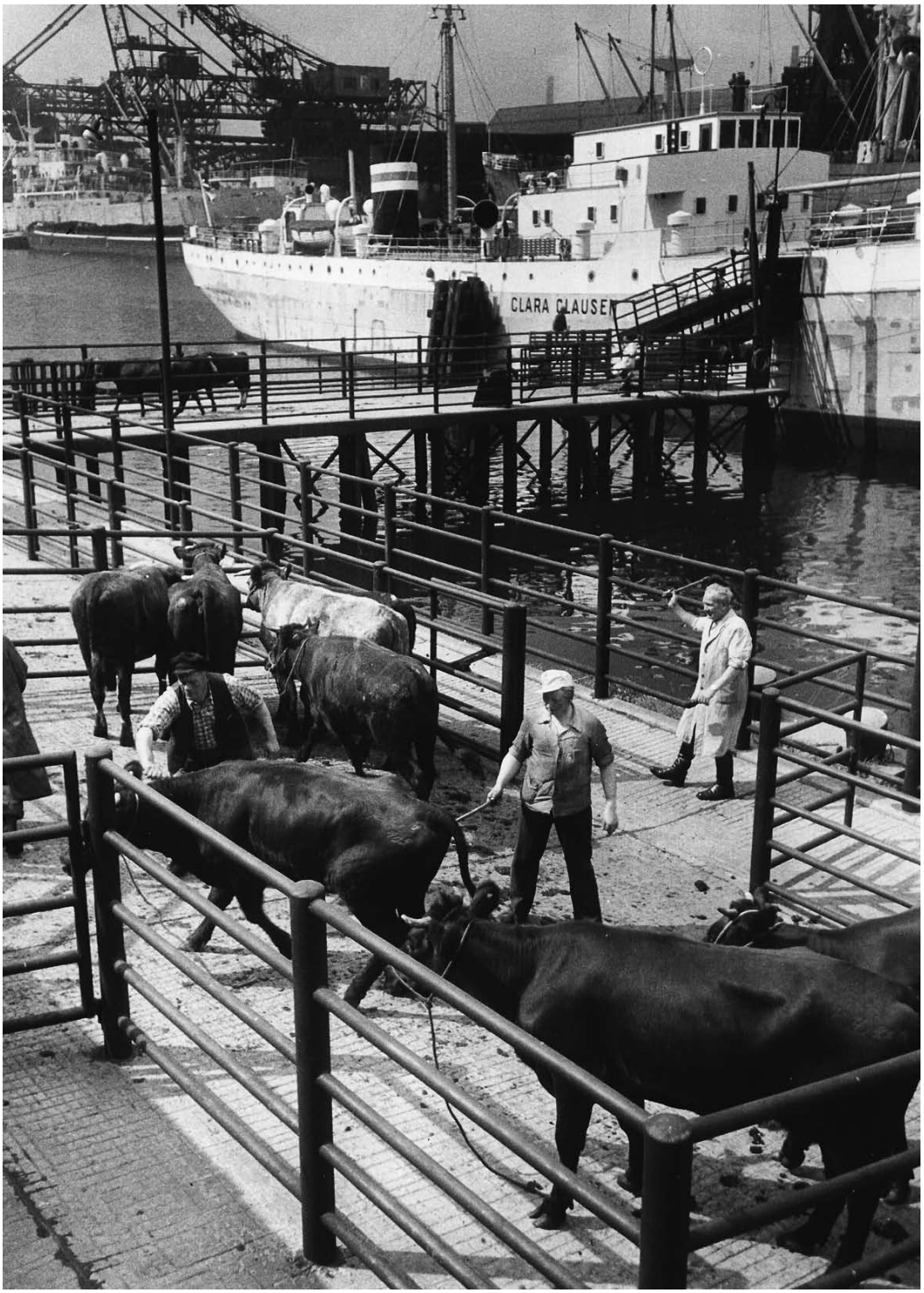
Die Stauer mussten, besonders für die umgekehrte Tätigkeit, das Beladen des Schiffes, über erhebliche Erfahrungen verfügen. Daher fanden sich viele ehemalige Seeleute in dieser Berufsgruppe.

unterschätzt werden darf.«. Arbeitserleichterungen für die Stauer brachten nach dem Zweiten Weltkrieg die größeren Luken der Schiffe und die Palettierung von Gütern. Stückgüter mussten nun nicht mehr einzeln bewegt und zu Hieven zusammengebunden werden, sondern die Holzpaletten mit den aufgepackten Gütern konnten aus den großen Lukenöffnungen an den Kran gehängt werden. Die Paletten waren für den Weitertransport und die Stapelung durch Gabelstapler konzipiert, so dass sich die Leistung eines Hafenarbeiters pro Schicht von acht Tonnen beim konventionellen Stückgutumschlag auf 25 Tonnen beim Palettenumschlag verdreifachte.

Die grundlegenden technischen Innovationen im Seeverkehr in den 1960er und 1970er Jahren, die Einführung des Containers und der Ro/Ro(Roll-on-Roll-off)-Schiffe, bedeuteten nicht nur für die Stauer, sondern für alle Hafenarbeiter den tiefgreifendsten Wandel ihrer Tätigkeit. 1966 wurden die ersten Container an der Südkaje des Überseehafens angelandet und ein Jahr später wurde eine Ro/Ro-Brücke an der Nordkaje in Betrieb genommen. Während der Ro/Ro-Verkehr nur von beschränkter Bedeutung blieb, revolutionierte der Containerverkehr, der heute das traditionelle Stückgut mit Ausnahme der Schwergüter weitgehend verdrängt hat, die Hafenarbeit völlig. Zahlreiche Tätigkeiten – vom Stauer bis zum Stapel- und Schuppenarbeiter – entfielen nun nach und nach im Zuge der Veränderung der gesamten Umschlagsorganisation. Die Rationalisierungseffekte bewirkten nicht nur, dass sich die Leistung eines Hafenarbeiters pro Schicht auf 200 Tonnen beim Containerumschlag von Stückgut steigerte, sondern auch eine drastische Verringerung der Arbeitsplätze im Hafen. Schließlich führte diese Entwicklung auch zum Ende des Überseehafens selbst. Dieses und der Bau immer größerer Containerschiffe, die die Weser gar nicht mehr befahren können, führten zur weitgehenden Verlagerung des Umschlags nach Bremerhaven.

Ständige und Unständige

Als der Freihafen II im Jahre 1906 eröffnet wurde, war die Hafenarbeit noch in frühindustrieller Weise organisiert. Nur eine Minderheit der Arbeiter war bei der BLG, bei Stauereien und Küperfirmen fest angestellt. Die große Mehrheit der Hafenarbeiter fristete als »Unständige« eine völlig ungesicherte Tagelöhnerexistenz. Da das Verkehrsaufkommen und damit der Arbeitskräftebedarf in einem Hafen sehr unterschiedlich ist, hatte die Hafenwirtschaft das Interesse, Arbeiter möglichst nur kurzfristig entsprechend dem Bedarf zu beschäftigen. »Hafenarbeit war weitgehend Tagelohnarbeit, bei der der Unternehmer keinerlei Verantwortung für das Wohl der Arbeiter übernahm.« Die Arbeiter, die im Hafen und in den Hafenkneipen auf Arbeit warteten, wurden jeweils für eine Schicht (oder eine halbe) angeheu-



Arbeit im Hafen (Foto: Hafenmuseum)

Der Willkür der Unternehmer völlig ausgeliefert, die aus dem Heer der Unständigen sich ihre Arbeiter aussuchen konnten, mussten sie Lohndrückerei und Disziplinierungen hinnehmen, wollten sie nicht die Chance verlieren, durch einige Schichten Arbeit in der Woche weiterhin ihr Leben zu fristen.

ert. Sie hatten daher weder regelmäßige Einkünfte noch irgendeine Form sozialer Sicherheit. Der Willkür der Unternehmer völlig ausgeliefert, die aus dem Heer der Unständigen sich ihre Arbeiter aussuchen konnten, mussten sie Lohndrückerei und Disziplinierungen hinnehmen, wollten sie nicht die Chance verlieren, durch einige Schichten Arbeit in der Woche weiterhin ihr Leben zu fristen.

Die festangestellten Hafenarbeiter (die »Ständigen«) hatten demgegenüber ein regelmäßiges Einkommen. Seit 1897 bezahlte die BLG auch Zulagen für Nacht- und Sonntagsarbeit. Der Lohn für eine zwölfstündige Schicht von 6 bis 18 Uhr, die aus neuneinhalb Stunden Arbeit und zweieinhalb Stunden Pausen bestand, lag bei vier Mark (zum Vergleich: Zu dieserZeit kosteten ein Pfund Weizenmehl 20 Pfennig, zwei Pfund Rinderbauchfleisch eine Mark und ein Pfund Butter 1,15 Mark). Nur langsam besserten sich diese Bedingungen. Ab 1897 organiserten sich die Hafenarbeiter im freigewerkschaftlichen Transportarbeiterverband, der nun Tarifverträge mit einzelnen Betrieben aushandelte. Für den Gesamthafen fehlte jedoch ein Partner für tarifliche Vereinbarungen,

Hafenmuseum (Foto: WIR)

bis sich die Bremer Hafenfirmen 1914 zu einem Arbeitgeberverband, dem Hafenbetriebsverein, zusammenschlossen. Sie taten dies mit der Absicht, durch verbindliche Tarifverträge »wilde« Streiks zu vermeiden, die angesichts der miserablen Arbeits- und Einkommensverhältnisse immer wieder vorgekommen waren. Auch mag die Erfahrung mit dem ersten großen Hafenarbeiterstreik von 1896 eine Rolle gespielt haben, der in Hamburg den Hafen zweieinhalb Monate stillgelegt und in Bremen hauptsächlich die BLG betroffen hatte.

Die Novemberrevolution von 1918, in der in Bremen neben den Werftarbeitern auch die Hafenarbeiter eine wichtige Rolle gespielt hatten, wurde endlich der Achtstunden-Arbeitstag, ein altes Ziel der Arbeiterbewegung, zumindest für einige Jahre durchgesetzt. Bei der Vermittlung der Unständigen, die nun vom Hafenbetriebsverein betrieben wurde, konnte Anfang 1919 die Einrichtung eines »Rings« durchgesetzt werden. Die dazu gehörenden »Ringarbeiter« hatten den Anspruch, als erste vermittelt zu werden und damit ein einigermaßen gesichertes Einkommen. Ferner hatten sie als einzige Gruppe der Unständigen Anspruch auf bezahlten Urlaub. Die Zahl der »Ringarbeiter« war allerdings gering, und die unsichere Lage der großen Zahl der Unständigen besserte sich nicht. In der Weimarer Zeit stieg sogar – besonders in Krisenzeiten – die Zahl der Unständigen. Standen 1923 noch 1000 ständigen Hafenarbeitern 2000 Unständige gegenüber, so gab es 1931 bei 1200 fest Beschäftigten bereits 3500 Unständige in Bremen.

Beide Arbeitergruppen hatten sich in der Novemberrevolution und der Bremer Räterepublik radikalisiert, so dass der 1919 gegründete syndikalistische »Seemannsbund« zeitweilig den Transportarbeiterverband an Einfluß überflügelte. Beide Organisationen versuchten, im Hafen das »closed-shop-Prinzip« durchzusetzen, das vorsieht, dass nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter im Betrieb beschäftigt werden dürfen. Damit sollten mögliche Streikbrecher ferngehalten werden. Ein Streik zur Durchsetzung dieses Systems im September und Oktober 1919 scheiterte an der Aussperrung durch die BLG, die gleichzeitig in großem Umfang Streikbrecher aus den bürgerlichen Kreisen der Stadt anwarb. Eine Folge des Ausstands war die dauerhafte Besetzung des Hafens durch die Sicherheitspolizei, die dort eigene Wachen erhielt. Zutritt zum Hafen hatte man nur noch, wenn man im Besitz einer Hafenkarte war. Die Gewährung oder Entziehung dieser Hafenkarte eröffnete den Unternehmern weitere Möglichkeiten der Disziplinierung.

In der Zeit des Nationalsozialismus, in der die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Hafenarbeiter verboten waren, blieben die Löhne auf dem niedrigen Niveau der Weltwirtschaftskrise. Die Zahl der Beschäftigten stieg wieder mit der wirtschaftlichen Erholung ab 1935. Das System von ständigen und unständigen Beschäftigten wurde durch ein Gesetz von 1935 modifiziert, das dem Hafenbetriebsverein die Aufgabe übertrug, einen festen Stamm qualifizierter Hafenarbeiter durch Garantielöhn auch für die Unständigen zu bilden.

Aber erst nach 1945 wurde das soziale Problem der Unständigen gelöst. Im März 1947 erließ der Bremer Senat eine Verordnung über die Bildung eines Gesamthafenbetriebs in den stadtbremischen Häfen, der den unständigen Hafenarbeitern eine Betriebszugehörigkeit, eine betriebliche

Interessenvertretung und eine geregelte Arbeitsverteilung verschaffen sollte. 1948 wurde zwischen der Gewerkschaft ÖTV und dem Hafenbetriebsverein ein Garantielohnabkommen geschlossen, das den Unständigen zu einem »ständig unständigen Hafenarbeiter« machte.

In der Nachkriegszeit gab es zunächst noch eine bedeutende Zahl von Unständigen, aber im Laufe der Zeit kehrte sich das Zahlenverhältnis zugunsten der Festangestellten um. Ende der 1980er Jahre gab es in Bremen nur noch 950 dieser »ständig Unständigen«, während allein die BLG rund 1600 feste Mitarbeiter im Hafenumschlag beschäftigte.

Zwar gab es auch noch zu Beginn der 1950er Jahre Arbeitskämpfe im Hafen, doch war die Situation nicht mehr mit der vor 1933 zu vergleichen. 1951 kam es nach einem als ungerecht empfundenen Schlichtungsergebnis einer Tarifrunde zu einem dreitägigen Streik, der von kommunistischen Hafenarbeitern ausging, und der durch das massive Eingreifen des Senats unter Wilhelm Kaisen beendet wurde. 1955 gab es dann nochmals einen »wilden« Streik für einen Teuerungszuschlag, der ebenfalls maßgeblich von der KPD beeinflußt war. Die Arbeiter der BLG beteiligten sich nicht, und der nur von einem Teil der Arbeiter des Gesamthafenbetriebs getragene Ausstand brach nach 15 Tagen zusammen, da die Gewerkschaft neue Tarifverhandlungen ankündigen konnte.

Die ÖTV, in der die Bremer Hafenarbeiter fast vollständig organisiert waren, setzte in den 1950er Jahren, besonders aber ab 1960, eine erhebliche Verbesserung der Einkommen durch. Die Brutto-Schichtlöhne verdoppelten sich in den 1950er Jahren auf 19,75 DM und stiegen bis 1975 auf 66,20 DM. Die Beschäftigungskrisen 1966/67 und ab 1980 führten zwar zum Abbau von Arbeitsplätzen – besonders der Unständigen –, doch es wurden zumindest bei der BLG keine Mitarbeiter arbeitslos. So wenig der Hafenumschlag des Jahres 1907 mit dem von heute zu vergleichen ist, so wenig ist die soziale Situation der völlig ungesicherten unständigen Hafenarbeiter von früher mit der des heutigen Hafenfacharbeiters zu vergleichen – soweit es ihn in Bremen noch gibt.

Die längere Fassung dieses Artikels finden Sie auf unserer Internetseite, www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir

Zwar gab es auch noch zu Beginn der 1950er Jahre Arbeitskämpfe im Hafen, doch war die Situation nicht mehr mit der vor 1933 zu vergleichen.

Aus: Heinz-Gerd Hofschen, Daniel Tilgner und Klaus Wolf. Der Bremer Überseehafen, hrsg. von Klaus Schlottau und Daniel Tilgner, Bremen: Edition Temmen 1999.

Werkzeuge des Stauers, Hafenmuseum (Foto: WIR)

Maritime Verbundwirtschaft

Ende der 80er Jahre wurde das Wort maritime Verbundwirtschaft immer häufiger in der Krisendiskussion bei den Werften hier in Bremen verwendet. Auf der einen Seite sollte es den Zusammenhang und die Wichtigkeit der Arbeitsplätze der Werften, der Zulieferer, der Beschäftigten in den Häfen und der Seeleute für die Küstenregion darstellen, auf der anderen Seite fand bei den deutschen Werften unter diesem Schlagwort eine Konzentration unter wenigen Firmendächern und ein Zusammenstreichen von Standorten und Arbeitsplätzen statt.

Es ist wichtig, diese kurze Bezeichnung einmal genauer zu betrachten. Der seegängige Schiffbau findet an der Küste statt, damit beeinflusst er die ganze Region. Wir können beobachten, dort wo es Hafenstädte gibt, da gibt es auch Schiffbau oder Schiffsreparatur, das heißt: Schiffbauer, Maschinenbauer, Beschäftigte im Hafen, Reedereien, Seeleute, Fischerei, Speditionen, Versicherer, Schiffsausrüster, Güterbahnhöfe, Binnenschiffer, Konstruktionsbüros, Küsten und Gewässerschutz. Das bedeutet einen hohen Stand von beruflicher Ausbildung, was auch andere Gewerbe beeinflusst.

Alle oben Genannten sind voneinander abhängig. Wenn der Hafen und die Werften wegbrechen, gibt es auch keine Schiffsreparaturen, ohne Schiffsreparaturen gibt es bald auch keinen umfassenden Schiffbau, ohne Seeleute wird es bald auch keine nennenswerten Reedereien mehr geben und damit auch keine Auftraggeber für Schiffe. Der Einfluss reicht in die ganze BRD, weil die Schiffbauer sehr viele Teile zugeliefert bekommen. Zur Verdeutlichung dies einmal in Prozenten: 60 Prozent werden im Schiffbau angeliefert, 40 Prozent der Fertigung im Schiffbau ist Eigenleistung. Wenn man durch dieses Hafenmuseum geht, kommen einem schon die Gedanken, wo sind die vielen Ausbildungsplätze und Facharbeiter geblieben?

Fritz Bettelhäuser

Wenn der Hafen und die Werften wegbrechen, gibt es auch keine Schiffsreparaturen, ohne Schiffsreparaturen gibt es bald auch keinen umfassenden Schiffbau, ohne Seeleute wird es bald auch keine nennenswerten Reedereien mehr geben, und damit auch keine Auftraggeber für Schiffe.

Hafenmuseum (Foto: WIR)

Bremer Häfen: Wirtschaftlicher Einbruch und noch kein Ende in Sicht

Der Hafen- und Logistikbereich gehörte mit zu den ersten Branchen, die einen tiefen Einbruch und damit Geschäftsrückgang aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise verkraften mussten. Der Absturz war schlichtweg katastrophal und heftig. Die Entwicklung trifft Deutschland als führende Exportnation und uns in den Regionen Bremerhaven und Bremen besonders hart. Selbst Optimisten gehen davon aus, dass das Ende der Krise (noch) nicht in Sicht ist.

Die Arbeitgeber der Branche fahren offensichtlich eine „Doppelstrategie". Auf der einen Seite versuchen sie deutliche Einsparungen im Personalkostenbereich durchzusetzen, auf der anderen Seite bestehende Strukturen im Hafen nachhaltig zu verändern.

Mit diesem Hintergrund ergab sich für uns der Zwang zum Handeln. Im vergangenen Jahr sind in mehreren Bereichen (z.B. Distribution beim GHB, BLG, Eurogate) Verhandlungen, immer mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung, durchgeführt worden. Dabei war das Hauptziel, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten.

Besondere Situation beim Gesamthafenbetriebsverein im Lande Bremen e.V. (GHBV)

Zunächst ein kurzer Geschichtsrückblick: 1950 gründeten Hafenunternehmer-Verbände und die damalige Gewerkschaft ÖTV einen Arbeitnehmerpool, der dem Hafen das Atmen ermöglichen sollte – wie bereits ein 1914 gegründeter Vorläuferbetrieb. Kommen zu viele Schiffe auf einmal an und sind die Umschlagsfirmen mit ihrem eigenen Personal überlastet, dann fordern sie Hilfe beim GHB an. Wenn danach für Stauer, Fahrer, Lagerarbeiter oder Packerinnen nichts mehr zu tun ist, bekommen sie trotzdem weiter Geld vom GHB aus einer Garantielohnkasse, die von den über 50 Mitgliedsfirmen bestückt wird. Seitdem es solche Gesamthafenbetriebe gibt, ist es vorbei mit dem ständigen Heuern und Feuern, mit den Tagelöhnern, die auf den Ruf warteten: „Hein, komm mal mit!"

Der GHB (Dienstleister für die Hafenunternehmen) deckt damit die Arbeitsspitzen im Hafen ab. Die Arbeit für den GHB ist deutlich und spürbar weniger geworden. Die Anfang 2009 bei den Hafenunternehmen abgefragte Erwartung (Vorhalten von Personal für Container) ist nicht eingetreten. Zur Zeit werden „PKW-Fahrer" gesucht. Für den GHB heißt das zum Beispiel: Die Garantielohnkasse zahlt die Differenz zu dem abgefragten niedrigeren Lohn. Aber auch die von der Arbeitgeberseite geforderte neue Lohngruppe drückt auf den GHB und damit auf die Beschäftigten. Ein Beschäftigungssicherungsvertrag für den GHB wird verhandelt bzw. ist im Abschluss.

Fazit:

Aus eigener Kraft kann der GHB diese Krise nicht bestehen. Darum erwarten wir von den politisch Verantwortlichen und den Arbeitgebern, dass sie gemeinsame Anstrengungen entwickeln um den Bestand des GHBV auch künftig sicherzustellen.

Wir führen darum an mehreren Stellen Gespräche auch - oder gerade - mit dem Hafensenator Martin Günthner.

Mit diesem geschichtlichen Hintergrund muss alles getan werden, dass dem GHBV und damit den Beschäftigten nicht die Existenzgrundlage entzogen wird.

Rainer Kuhn
Geschäftsführer ver.di
Bezirk Bremen-Nordniedersachsen

Die Arbeitgeber der Branche fahren offensichtlich eine „Doppelstrategie". Auf der einen Seite versuchen sie deutliche Einsparungen im Personalkostenbereich durchzusetzen, auf der anderen Seite bestehende Strukturen im Hafen nachhaltig zu verändern.

Papierlos heißt nicht rechtlos!

Interview mit Emilija Mitrovic, auf der Bremer Veranstaltung „Papierlos heißt nicht rechtlos". März 2010, (Foto: WIR)

Nach Schätzungen von Pro Asyl leben über 150 Tausend Menschen in Deutschland ohne Papiere. Die meisten dieser Menschen arbeiten in der Obst- und Gemüseernte, in der Gastronomie und in Schlachtereien. Sie bekommen sehr niedrige Löhne und werden oft um ihren Lohn betrogen. Weil sie hier „illegal" leben, können sie sich nirgends beschweren. Nun gibt es in Hamburg eine Beratungsstelle für die so genannten Papierlosen: Migration und Arbeit (MigrAr) beim DGB Hamburg. Wir haben mit der Mitbegründerin und Mitarbeiterin von MigrAr Emilija Mitrovic gesprochen.

Was die Papierlosen angeht, haben die Gewerkschaften hier keine gute Geschichte?

Es gab in den 90er Jahren bei der IG BAU diese Telefone zur Denunzierung von Schwarzarbeitern auf dem Bau. Mit denen haben wir nichts zu tun. Das ist auch nicht unsere Herkunft. Unser Ausgangspunkt war, dass viele tausend Frauen, vor allem aus Lateinamerika, aber auch aus Osteuropa, in den privaten Haushalten, als so genannte Domestos-Worker arbeiten. Es war unser Anliegen zu sagen, dass es zum Teil unglaublich schlechte Arbeitsbedingungen sind und die Frauen zum Teil auch sehr schlecht bezahlt werden. Wir haben uns bei ver.di damit beschäftigt zu sehen, wie können wir diese Gruppen unterstützen.

Sie sagen papierlos, aber nicht rechtlos. Was für Rechte haben die Papierlosen?

Sie haben ganz elementare Rechte im Bereich Bildung, Gesundheit und Arbeit, zum Beispiel in der Bildung, das Recht der Kinder zur Schule zu gehen. Im Bereich der Gesundheitsversorgung haben sie zumindest Rechte in der Akutversorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und sie haben Arbeitsrechte wie jeder andere Arbeitnehmer auch: Recht auf Lohn, also Lohn auf geleistete Arbeit, Mindesturlaub, wenn sie ihn eingefordert haben, und Recht auf medizinische Versorgung bei Unfällen und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Praktisch sieht es aber ganz anders aus?

Das stimmt. Die meisten wissen nicht, dass sie Rechte haben oder sie nehmen sie nicht wahr. Deswegen müssen wir es ja auch öffentlich verbreiten.

Kein Mensch, der papierlos ist, traut sich zu einer öffentliche Stelle zu gehen. Sie können zum Beispiel ihre Kinder nicht zur Schule schicken, weil die Schulleitung die Kinder sofort bei der Behörde melden würde.

Ja, das ist leider richtig. Die Papierlosen haben Angst, aber auch die Schulleiter. Sie denken, wenn sie ein Kind ohne

Gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen ohne gesicherten Aufenthalt

Ver.di Center
Besenbinderhof 56
20097 Hamburg

Tel.: 040 - 28 58 41 38

E-Mail: migrar.hamburg@verdi.de
Geöffnet: Dienstags 10-14 Uhr

Papiere in ihre Schule aufnehmen, stehen sie schon mit einem Bein im Gefängnis, wobei sie keine Übermittlungspflicht haben. Auch die Gerichte, die einen Fall von einem Papierlosen behandeln, müssen den Menschen nicht der Ausländerpolizei ausliefern, damit er abgeschoben wird. Hier müssen wir viel für die Aufklärung tun. In Hamburg hat sich einiges geändert.

Die Flüchtlinge, die einen Antrag auf Asyl gestellt haben, wissen meistens von ihren Rechten. Was ist mit den ganz „Illegalen", also Menschen, die nirgends eingetragen sind?

Dann muss man das Glück haben, dass man jemand kennen lernt, der das weiß und der das einem weiter sagt. Ich glaube, es gibt immer mehr Zusammenhänge, in denen das passiert. Auch die Beratungsstellen sind aufgeklärter. Früher hatten die Beratungsstellen viel mehr Angst, Menschen, die illegalisiert waren, in ihre Arbeit einzubeziehen. Das ist heute besser.

Wie unterstützen sie einen „papierlosen" Arbeiter, der übers Ohr gehauen wurde? Gehen sie zu seinem Arbeitgeber?

Die meisten kommen erst dann, wenn ihnen schon gekündigt wurde oder sie selber gegangen sind. Wir schreiben die Arbeitgeber in der Regel an, weil wir schriftliche Unterlagen für den Prozess haben wollen.

Können Papierlose Gewerkschaftsmitglied werden?

Aber natürlich. Es gibt ja für die Gewerkschaftsmitgliedschaft überhaupt keine Voraussetzung, wenn sie arbeiten oder arbeitslos sind.

Aber wenn sie illegal arbeiten, wie geht das dann?

Dann arbeiten sie trotzdem. Wir gehen davon aus, dass sie trotzdem Mitglied werden können. Das Problem ist - deswegen mussten wir auch in Hamburg etwas ändern - dass sie keine Konten haben. Also müssen sie ihren Mitgliedsbeitrag bar bezahlen. Das war früher auch möglich. Es war ganz normal als man Gewerkschaftskassierer hatte. Und bei uns ist es jetzt so, dass sie bei uns einzahlen und wir zahlen das aufs Konto.

Wer entscheidet über die Mitgliedschaft?

Die Leute kommen zu unserer Anlaufstelle MigrAr. Sie sagen uns, was und wo sie arbeiten und was sie verdienen. Und wenn sie Mitglied werden wollen, zahlen sie eben ein Prozent ihres Lohnes als Mitgliedsbeitrag. Wir haben viele bei ver.di aufgenommen, viele Reinigungskräfte zum Beispiel.

Inzwischen ist das Projekt vom DGB übernommen worden, das heißt, wir nehmen die Leute auf und schicken sie dann zu den jeweiligen Einzelgewerkschaften. Sie werden dort als Mitglied aufgenommen, aber die Beratung bekommen sie von uns.

Wie haben Sie mit der Arbeit begonnen?

Zuerst haben wir uns in Hamburg ein ziemlich gutes Netzwerk aufgebaut mit vielen politischen und sozialen Beratungsstellen, die mit Flüchtlingen arbeiten. Wir haben innerhalb der Gewerkschaft argumentiert, dass wir denken, die Arbeiterklasse darf nicht auseinander gespalten werden zwischen denjenigen, die hier auf den Stellen sitzen und zur Tariflöhnen bezahlt werden, und denen, die dann mit Dumpinglöhnen ausgenutzt werden.

Unsere Strategie ist die besondere Ausbeutung zu verhindern, indem wir sagen, wenn sie zu uns kommen, klagen wir deren Lohn sowieso ein und dann kann der Arbeitgeber das auch gleich lassen.

Sie denken, wenn sie ein Kind ohne Papiere in ihre Schule aufnehmen, stehen sie schon mit einem Bein im Gefängnis, wobei sie keine Übermittlungspflicht haben. Auch die Gerichte, die einen Fall von einem Papierlosen behandeln, müssen den Menschen nicht der Ausländerpolizei ausliefern, damit er abgeschoben wird. Hier müssen wir viel für die Aufklärung tun. In Hamburg hat sich einiges geändert.

Wenn es um medizinische Versorgung geht, dann gibt es hier das medizinische Beratungsbüro in Hamburg, das kostenlos Ärzte vermittelt, die anonym und ohne Krankenschein behandeln. Also insofern ist es eine gute Zusammenarbeit: Die schicken die Leute zu uns, wenn sie Probleme mit den Arbeitsrechten haben und wir schicken sie dann zu ihnen, wenn sie Probleme mit Kindern, Bildung, Gesundheit etc. haben.

Papierlose haben aber nicht nur Probleme mit ihren Arbeitgebern?

Wir unterstützen nur in dem Bereich Arbeit, also wenn jemand seinen Lohn einklagen will, wenn er zu hohe Arbeitszeiten hat oder wenn er keinen Urlaub bekommt. Das sind so die arbeitsrechtlichen Möglichkeiten, die wir haben.

Was ist, wenn die Menschen krank sind oder Kinder im Schulalter haben?

Wenn es um medizinische Versorgung geht, dann gibt es hier das medizinische Beratungsbüro in Hamburg, das kostenlos Ärzte vermittelt, die anonym und ohne Krankenschein behandeln. Also insofern ist es eine gute Zusammenarbeit: Die schicken die Leute zu uns, wenn sie Probleme mit den Arbeitsrechten haben und wir schicken sie dann zu ihnen, wenn sie Probleme mit Kindern, Bildung, Gesundheit etc. haben.

In welchen Branchen arbeiten die Papierlosen?

Die Gastronomie ist ein großer Bereich, in dem Menschen ohne Papiere arbeiten. Dann haben wir ganz unterschiedliche Zahlen, wenn hier Saisonarbeit ist. Also im Sommer sind andere da als im Winter oder es sind mehr da, die in der Landwirtschaft arbeiten.

Kommen die Menschen zu ihnen, obwohl sie immer gefährdet sind?

Unsere Anlaufstelle gibt es seit Mai 2008. In der Zeit waren über 100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei uns, die sich beraten ließen. Zwei von ihnen haben geklagt und erfolgreich geklagt: eine junge Frau, die als Au-pair-Mädchen in einem privaten Haushalt gearbeitet hat, und ein Mann, der in der Metallindustrie gearbeitet hat.

Wie viele illegal Beschäftigte gibt es in Hamburg?

Man kann das nicht genau sagen. Ich denke, dass die Gastronomie ein großer Bereich ist, in dem Menschen ohne Papiere arbeiten. Dann haben wir ganz unterschiedliche Zahlen, wenn Saisonarbeit ist. Im Sommer sind andere da als im Winter und es sind mehr da, die in der Landwirtschaft arbeiten. Eine wirklich genaue Zahl kann ich nicht sagen. Die gibt es auch nicht. Wir können nur hochrechnen. Es sind auf jeden Fall mehrere tausend Menschen hier bei uns.

Interview: Orhan Çalışır

Projekt ADA

Die Arbeit von ADA richtet sich gegen jede Form von Diskriminierung in der Arbeitswelt. Mit unseren Bildungs-, Qualifizierungs- und Beratungsangeboten möchten wir ArbeitnehmerInnen erreichen, die direkt oder indirekt von Diskriminierung betroffen sind. Eine besonders wichtige Rolle spielen junge Menschen mit Migrationshintergrund. Ihre Integration in den

Arbeitsmarkt soll durch unsere Arbeit gefördert werden. Zudem wendet sich ADA an betriebliche InteressenvertreterInnen, MitarbeiterInnen der Gewerkschaften, AusbilderInnen, BerufsschullehrerInnen und SozialarbeiterInnen - also an all jene MultiplikatorInnen, die in ihren Arbeitsfeldern häufig mit unterschiedlichen Arten von Diskriminierung zu tun haben.

Wir sind für Sie da
projekt ADA
Antidiskriminierung in der Arbeitswelt
4. Etage im DGB Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen

Beratungszeiten: Dienstag und Donnerstag 14-18 Uhr sowie nach Vereinbarung

Erreichbarkeit des Projektbüros:
Montag und Mittwoch 9-15 Uhr
Freitag 9-13 Uhr

Telefon: (0421) 69 628 638, 69 628 639
Fax: (0421) 960 89 20
email: info@ada-bremen.de

Bremerinnen netz-aktiv: mitreden - mitschreiben

Frauenseiten.bremen - ein Portal von und für Frauen

„Hast du schon das Neueste gehört?“ Im Austausch von mehr oder weniger brisanten Informationen waren Frauen schon immer Spitze. Kein Wunder, dass sie im Zeitalter des Internets dafür nicht nur das Telefon oder das direkte Gespräch nutzen...

Frauenseiten.bremen, das Internet-Portal und Online-Magazin für Frauen, ist eine Plattform, auf der sich Frauen informieren, austauschen und vernetzen können. Das Besondere: Mitmachen ist gefragt! Frauen können nicht nur Inhalte im Netz abrufen, sondern auch selbst einstellen: Artikel verfassen, Veranstaltungen veröffentlichen, offene und geschlossene Foren nutzen, Kommentare schreiben. Und das gilt nicht nur für geübte Surferinnen, sondern speziell auch für Internet-Einsteigerinnen. Diese erhalten vom frauenseiten-Team Unterstützung bei der Nutzung des Portals.

Am zweiten Mittwoch im Monat treffen sich die freiwilligen Redakteurinnen beim Offenen Redaktionstreff und besprechen, was ansteht. Interessierte Frauen sind immer herzlich willkommen. Neun Themenrubriken von „Beruf und Bildung“ bis „Lebenskunst“ warten stets darauf, mit aktuellen Beiträgen gefüllt zu werden. Außerdem gibt es regelmäßig Schwerpunktthemen wie „Genussecken“ oder „Frau und Meer“. Im April ist der neue Schwerpunkt „Blanker Lohn“ ans Netz gegangen: Er handelt von ungleichem Lohn und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, unter denen Frauen auch in Bremen besonders zu leiden haben.

Außerdem sind auf dem Portal „Visitenkarten“, also Kontaktmöglichkeiten zu Einrichtungen, Initiativen und Unternehmen zu finden, die besondere Angebote für Frauen machen. Und jede Menge Links zu anderen Frauen-Websites.

Klicken Sie doch mal rein! Bei den frauenseiten.bremen sind natürlich auch Frauen aus dem Umland willkommen, die ihre Informationen weitergeben möchten.

Unser Portal ist Teil des Stadtinformationssystems bremen.de. Es wird außerdem von der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, einer Bremer Landesbehörde, unterstützt.

Im Netz zu finden unter:
www.frauenseiten.bremen.de

Frauenseiten-Team (Foto: Frauen-Seiten)

Wir gehen vor!

Wir, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwirtschaften Tag für Tag den Wohlstand dieses Landes. Deshalb fordern wir zu Recht: Wir gehen vor!

Wir stellen uns quer gegen jegliche Demagogen. Ob sie den Solidargedanken mit Füßen treten, gegen Minderheiten hetzen oder alte Nazi-Parolen aufwärmen. Der 1. Mai ist unser Fest der Solidarität. Hier gibt es keinen Fußbreit Platz für alte und neue Nazis.

Die Krise ist noch nicht vorbei. Gewerkschaften und Betriebsräte haben maßgeblich dazu beigetragen, dass bislang ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden konnte. Kurzarbeit, Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung, Konjunkturprogramme und die Abwrackprämie waren Maßnahmen, für die sie gekämpft haben. Nun kommt es darauf an, dass der Staat in der Lage bleibt, unverschuldet in Not geratenen Menschen zu helfen, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen zu stabilisieren. Die Verursacher der Krise müssen für die Finanzierung der Krisenlasten gerade stehen und für mehr Beschäftigung, Bildung und soziale Sicherheit in die Pflicht genommen werden.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern ein grundlegendes Umdenken in der Gesellschaft. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht allein den Spekulanten. Wir brauchen eine neue, nachhaltige Form des Wirtschaftens mit mehr Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen. Deshalb kämpfen wir für „Gute Arbeit“, sichere Beschäftigung und gute Tarifverträge.

Um die nächste Spekulationsblase zu verhindern, müssen Zockern und Spekulanten klare Grenzen gesetzt werden. Es darf nicht sein, dass auf den Untergang ganzer Staaten gewettet wird. Mit der Spekulation gegen den Euro werden die sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmerschaft in ganz Europa bedroht.

Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet. Der Sozialstaat muss die Gerechtigkeitslücke schließen. Es darf nicht sein, dass die Milliardensummen deutscher Steuersünder unbehelligt im Ausland verschwinden und die Kinderarmut im Land steigt. Deshalb müssen hohe Einkommen und Erbschaften stärker besteuert werden. Wir streiten für einen Staat, der die Lebensrisiken – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter, Pflege – verlässlich absichert und sozialen Aufstieg durch Bildung und Arbeit ermöglicht. Wir lehnen die Kopfpauschale im Gesundheitssystem ab. Sie ist ungerecht und stellt das Solidarprinzip auf den Kopf. Ebenso stellen wir uns mit Nachdruck gegen jede weitere Verschlechterung bei der Rente.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bekämpfen jeden Versuch, aus der Krise Kapital zu schlagen. Stattdessen gilt es, soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigung müssen energisch bekämpft werden. Die Einführung von Mindestlöhnen, ein gesetzlicher Mindestlohn, ist dringlicher denn je. Dazu gehört nicht zuletzt „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ statt „Missbrauch der Leiharbeit“. Vom Arbeitseinkommen muss man leben können. Eine Regierung, die Niedriglöhne duldet, verzichtet nicht nur auf Steuereinnahmen. Sie subventioniert Unternehmen unnötigerweise mit Steuermitteln und beschädigt die Würde der Arbeit.

Wir stellen uns quer gegen jegliche Demagogen. Ob sie den Solidargedanken mit Füßen treten, gegen Minderheiten hetzen oder alte Nazi-Parolen aufwärmen. Der 1. Mai ist unser Fest der Solidarität. Hier gibt es keinen fußbreit Platz für alte und neue Nazis.

Wir demonstrieren am 1. Mai für gute Arbeit, gerechte Löhne und einen starken Sozialstaat. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen endlich vorgehen!

1. Mai - Wir gehen vor!

Gute Arbeit
Gerechte Löhne
Starker Sozialstaat

Das Programm zum 1. Mai

30.04., 20.00 Uhr	**Domshof Bremen** Tanz in den Mai Lars Vegas und die Heiterkeit & Larry and the Handjive
1. Mai, 09.00 Uhr	**Ökumenischer Gottesdienst St. Johann**
10.30 Uhr	**Sammeln zur Demonstration** Osterdeich/Ecke Sielwall Abmarsch: ca. 11.00 Uhr
12.05 Uhr	**Kundgebung auf dem Domshof mit:** **Annette Düring,** DGB-Regionsvorsitzende **Ulrich Thöne,** Vorsitzender GEW, Berlin **DGB Jugend**
13.00 Uhr	**1. Mai Fest** mit den Beathovens Kinderprogramm, Essen und Trinken

Zwei alte Leute am 1. Mai

„Weißt du noch, Alter, vor dem Kriege?
Wir haben manchen Mai erlebt.
Wir glaubten an die schnellen Siege-
Du hast das Streikplakat geklebt…“
-„Ja, Alte, das waren schöne Zeiten…
Wir waren allemal dabei-
Ich seh uns noch im Zuge schreiten
Am 1. Mai.“

-„Und unser Jüngster war noch klein. Den ließ ich
zu Haus… wir gingen los mit Hans.
Mitunter wars ja etwas spießig-
So… Kriegerverein mit Kaffeekranz.“
-„Na, laß man – du warst doch die Nettste!
Mir wars bloß zu viel Dudelei…
Und anno 14 wars denn auch der letzte-
Der 1. Mai.“

-„Kein Wunder. Mußt mal denken, Alter:
Wer ist uns da voraufmaschiert!
Der Wels als roter Fahnenhalter,
der Löbe, prächtig ausstaffiert…“
-„Ja solche haben glatte Hände…
Für die ist frisch, fromm, frech und frei
Der Klassenkampf schon längst zu Ende-
Die und der 1. Mai!
Was wissen die vom Klassenkrieg…!
Die schützen sich vor der eigenen Republik-!“

-„Na, laß man, Alter, die Beschwerde.
Ich weiß, dass etwas in uns singt:
Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!“
-„Wir wissen, Alte, was wir lieben:
den Klassenkampf und die Partei!
Wir sind ja doch die Alten geblieben
Am 1. Mai! Am 1. Mai!“

Theobald Tiger von Kurt Tucholsky
Erschienen in der Arbeiter Illustrierte Zeitung 1930

Quelle: „Freitag“

Termine

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) AG Seniorinnen und Senioren

11.05.2010 / 10.00 Uhr / GEW Bremen, Löningstr. 35
15.06.2010 / 10.00 Uhr / GEW Bremen, Löningstr. 35
17.08.2010 / 10.00 Uhr / GEW Bremen, Löningstr. 35

ver.di-Senioren Bremen

Sprechstunden des Seniorenbüros Bremen:
jeden zweiten Donnerstag im Monat von 10.00 bis 12.00 Uhr

Termine der Senioren der IG Metall Bremen-Stadt:

jeden ersten Mittwoch im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

Termine der Senioren der IG Metall Bremen-Nord:

jeden zweiten Mittwoch im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr
in der Arbeitnehmerkammer, Lindenstr. 8, 28755 Bremen-Nord

Leserbriefe

Als eine von fünf Ehrenamtlichen Mitgliederbetreuung bei ver.di

Im Oktober 2007 habe ich an einem Vortrag des Kollegen Hoffmann aus NRW teilgenommen, der sich mit Rückhol-Arbeit beschäftigte. Es war für mich richtig spannend. Ich habe mich entschlossen, dies auch in Bremen zu machen. Vier weitere KollegInnen und ich haben uns zum Start zusammengesetzt, denn es war auch der Wunsch unseres Geschäftsführers Rainer Kuhn in Bremen loszulegen.

Die Vorarbeit, wie machen wir was, wie und wo, konnte schnell und gut geklärt werden. Kurzfristig bekam ich die Möglichkeit, noch in einem Seminar in Brannenburg (Bayern) mitzumachen. Und dann ging es auch schon los, das heißt, ich führte mein erstes Gespräch und war ganz schön angespannt, denn die Kollegin wollte ja die Gewerkschaft verlassen.

Es war ein gutes Gespräch. Doch trotz der Informationen, was ver.di ist und macht, das es gute Gründe gibt in ver.di zu bleiben, konnte ich die Kollegin nicht halten. Aber ich habe bis heute nicht aufgegeben und es macht mir Spaß.

Ich habe die Möglichkeit zum Telefonieren in einem Büro bei ver.di. Es gibt keine festen Termine, bin aber regelmäßig vor Ort, um etwa für zwei Stunden Gewerkschaftsmitglieder anzurufen. Das ist dann aber auch genug für mich persönlich. Auch in den Nachmittags- und Abendstunden, wenn die Kolleginnen und Kollegen zu Hause zu erreichen sind, telefoniere ich von zu Hause aus mit ihnen.

Aus meiner Arbeit kann ich feststellen, dass die finanzielle Situation ein großes Problem ist. Bei den SeniorInnen konnte ich in Erfahrung bringen, dass ihnen nicht deutlich war, was ver.di für sie noch bringt. Dazu kommt, das Mitglieder häufig auch nicht wissen, was ver.di ist und ihnen bieten kann. Dies liegt nicht immer an unserer Gewerkschaft sondern auch daran, dass die vielen Informationsmöglichkeiten nicht genutzt werden.

Einen Dank muss ich den Kolleginnen und Kollegen in unserer ver.di-Infothek sowie den übrigen Kolleginnen und Kollegen in der ver.di-Bezirksverwaltung aussprechen. Sie haben mich als Ehrenamtliche mit Rat und Tat unterstützt.

Ich bin ganz zufrieden im Rahmen der Mitgliederbetreuung die Haltearbeit aufgenommen zu haben und werde diese Aufgabe auch weiterhin wahrnehmen.

Almut Schmidt

Zum Thema Westerwelle und Hartz IV-Empfänger

Warum schlägt jemand so voller Hass blindwütig auf Menschen ein, die im Grunde genommen Opfer der Klientelpolitik seiner Hotelier- und Bankerpartei sind? Ist da irgendetwas Schlimmes in seiner Kindheit passiert, was er nicht verarbeiten kann? Er greift dabei auch noch wissentlich auf für seine Zwecke gefälschte Zahlen zurück, wie nicht nur die BAGIS Bremen feststellte. Sein Primitivmotto heißt: „Wer arbeitet, muss mehr Geld verdienen wie der, der nicht arbeitet." Das ist genauso richtig, selbstverständlich und allgemein akzeptiert wie „morgens geht die Sonne auf." Warum also betet er uns das ständig vor?

Es ist zu wünschen, dass Herr Spalter Sarrazin Westerwelle sich endlich auf das Auswärtige Amt konzentriert. Da hat er ausreichend Beschäftigung.

Um mit einem Zitat von Dieter Nuhr zu enden: Wenn man keine Ahnung von einem Thema hat – einfach mal das Maul halten!

Werner Schuster

Februar 2010

Hallo Redaktionsmitglieder Innen!
Mein Freund Detlef Dahlke bringt mir immer die Zeitschrift WIR. Damit macht er mir eine große Freude, sind die Nummer 12 habe ich mit großem Interesse gelesen.
Macht weiter so. Leider kann ich wegen meines Alters nicht mitmachen (87 Jahre alt). Es hätte mir viel Spaß gemacht – bin auch seit 1958 in der Gewerkschaft (ver-di) und war lange bei den „Bremer Nachrichten" beschäftigt. ⊗

Herzliche Grüße an sind alle

Eure Leserin Greta Glate

⊗ Lange Mitglied im Betriebsrat und danach
" " Personalrat des Hauptzollamts Bremen-Nord

Impressum:

Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Detlef Dahlke, IGM
Ursula Figge, IGM, Hugo Köser, IGM
Inge Markowsky, ver.di, Günther Wesemann, ver.di,
Brigitte Wilkening, ver.di
Hermann Wilkening, IGM

V.i.S.d.P.
Manfred Weule
Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Tel.: 0421 / 960 89 14
e-mail: m.weule@aulbremen.de
e-mail: hugo.koeser@web.de
(Bitte Briefe an beide Adressen zuschicken)

Sie können alle unsere Ausgaben im Internet lesen.

Adresse: www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir